

Vorfahrt für Familien

Die Familien können sich auf die CDU verlassen. Wir haben Wort gehalten und die Familienförderung entscheidend verbessert. Millionen von Familien mit Kindern können sich freuen: ab 1996 erhalten sie sechs Milliarden DM mehr. Die Eckpunkte:

- Die Familien können künftig zwischen einem beträchtlich erhöhten Kindergeld oder einem ebenfalls heraufgesetzten Kinderfreibetrag wählen.
- Die Entlastungen für die Familien sollen möglichst weitgehend durch das Finanzamt erfolgen und ihnen schon beim Steuerabzug zugute kommen.

Leistungen für Familien

erheblich verbessert

- Steuerpflichtige, die sich für den Kinderfreibetrag entscheiden, erhalten kein Kindergeld. Sie können aber einen Freibetrag in Höhe von 6.264 DM geltend machen.

Höheres Kindergeld:

Eine Familie wird monatlich ab 1. Januar 1996 Kindergeld in folgender Höhe erhalten:

mit einem Kind: 200 DM statt bisher:

70 DM = 185 % mehr,

mit zwei Kindern: 400 DM statt bisher höchstens:

200 DM = mindestens 100 % mehr,

mit drei Kindern: 700 DM statt bisher höchstens:

420 DM = mindestens 67 % mehr,

mit vier Kindern: 1.000 DM statt bisher höchstens:

660 DM = mindestens 52 % mehr.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Wahlergebnis

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Landtagswahl in Hessen nach der Nachwahl im Wahlkreis Bergstraße II.
Seite 3

● Beschäftigung

Neues Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose läuft an.
Seite 4

● Weltsozialgipfel

Keine Armutsbekämpfung ohne Soziale Marktwirtschaft.
Seite 6

● Europa

Klaus Welle: Den Bürger in Europa auch als Wähler ernst nehmen. Seite 8

● Sozialdemokraten

Probleme mit der Wirklichkeit: Überall kracht und knirscht es.
Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

Außenwerbemittel: Dreieckständer, Dachständer, Einzelstellflächen, Mastanhänger u. a. Seite 16-19

Dokumentation

Ökologische und Soziale Marktwirtschaft: Wachstum umweltverträglich gestaltet. Eine Bilanz erfolgreicher Umweltpolitik. Grüner Teil

Ein guter Tag für die Familien

Der neue Familienleistungsausgleich ist der erste sozialpolitische Meilenstein, den die CDU in dieser Legislaturperiode gesetzt hat. Dies ist ein guter Tag für die Familien.

Generalsekretär Peter Hintze

► Wort gehalten:

- Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes sind erfüllt. Das Existenzminimum eines Kindes wird nicht besteuert.
- Der Familienleistungsausgleich bringt entscheidende Vereinfachungen: Der komplizierte Kindergeldzuschlag kann künftig wegfallen. Wir wollen die steuerrechtlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen bei den Finanzämtern schaffen, damit das Kindergeld nicht mehr von

den Arbeitsämtern, sondern vom Finanzamt ausgezahlt wird. Auch wird künftig ein einheitlicher Einkommensbegriff gelten.

● Der Familienleistungsausgleich wird in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der Veränderung des Existenzminimums weiterentwickelt.

Neuer Familienleistungsausgleich ist dem SPD-Modell überlegen

Der neue Familienleistungsausgleich ist effizienter, durchschaubarer und zielgenauer. Seine Familienfreundlichkeit, finanzpolitische Solidität und Verfassungskonformität kann auch von der Opposition nicht bestritten werden, wenn sie es mit den Familien ernst meint. Die Familien in Deutschland würden es nicht verstehen, wenn die SPD — vor allem im Bundesrat — den neuen Familienleistungsausgleich aus reiner Umverteilungswillkür blockieren würde.

Ausländer wählen Ausländerbeiräte

In Nordrhein-Westfalen finden in diesen Wochen in vielen Gemeinden die Wahlen zu den Ausländerbeiräten statt. Die neue Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen, die im Herbst 1994 verabschiedet wurde, hat die Voraussetzungen zur Einführung eines Ausländerbeirates festgelegt.

Ausländerbeiräte gibt es bereits in vielen Gemeinden, die neue Gemeindeordnung räumt ihnen aber weitergehende Rechte zur Behandlung aller Angelegenheiten der Gemeinde ein.

Gemeinden mit mindestens 5.000 ausländischen Einwohnern müssen einen Ausländerbeirat bilden. In Gemeinden mit mindestens 2.000 ausländischen Einwohnern ist ein Ausländerbeirat zu bilden,

wenn mindestens 200 Wahlberechtigte dies beantragen. Wahlberechtigt sind alle Ausländer, die am Wahltag 18 Jahre alt sind, sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihre Wohnung haben (§ 27, Abs. 3 der GONW).

Die Mitglieder des Ausländerbeirates werden für die Dauer der Wahlzeit des Rates nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt. Die Wahl findet spätestens innerhalb von 8 Wochen nach der Wahl des Stadt- bzw. Gemeinderates statt. Für die erstmalige Bildung von Ausländerbeiräten nach der neuen Gemeindeordnung wurde eine Übergangsregelung mit einer erweiterten Frist bis zum 30. April 1995 geschaffen.

Landtagswahl in Hessen

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl in Hessen nach der Nachwahl im Wahlkreis 55: Bergstraße II am 5. März. An der Mandatsverteilung hat sich durch das Bergstraßen-Ergebnis nichts geändert.

	<u>Landtagswahl Hessen 1995</u>		<u>Landtagswahl Hessen 1991</u>		Differenz
	(Zweitstimmen)		(Zweitstimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	4.275.603		4.278.151		
Wahlbeteiligung	2.833.510	66,3	3.028.940	70,8	-4,5
gültige Stimmen	2.768.703		2.974.872		

CDU	1.084.196	39,2	1.195.965	40,2	-1,0
SPD	1.051.328	38,0	1.214.909	40,8	-2,8
Bündnis 90/Die Grünen	309.813	11,2	262.161	8,8	+2,4
F.D.P.	206.284	7,5	220.115	7,4	+0,1
Republikaner	54.668	2,0	49.320	1,7	+0,3
Die Grauen - Graue Panther	10.805	0,4	16.521	0,6	-0,2
Bund freier Bürger	8.569	0,3			+0,3
NPD	7.818	0,3			+0,3
Partei Bibeltreuer Christen	6.757	0,2	7.109	0,2	0,0
Autofahrer Partei	6.667	0,2			+0,2
Ökologisch-Demokra. Partei	5.276	0,2	8.772	0,3	-0,1
STATT Partei	5.225	0,2			+0,2
NATURGESETZ Partei	4.531	0,2			+0,2
DKP	3.295	0,1			+0,1
f.NEP	2.199	0,1			+0,1
Deutsche Heimat Partei	771	0,0			0,0
Bürgerrechtsbew. Solidarität	501	0,0			0,0
Sonstige					

Ergebnisse nach Wahlkreisen

	Wahlbet.	CDU	SPD	Grüne	FDP	REP	Sonst	
Bergstraße II (55)								
LWS95	E	51,4	48,1	37,0	8,0	4,0	1,9	0,9
LWS91	E	71,9	47,2	40,0	6,5	5,5		0,7
Differenz	E	+0,9	-3,0	+1,5	-1,5	+1,9		+0,2
LWS95	Z	51,4	39,0	34,9	10,6	11,6	2,2	1,7
LWS91	Z	71,9	44,2	38,7	7,4	7,0	1,7	1,0
Differenz	Z		-5,2	-3,8	+3,2	+4,6	+0,5	+0,7

Neues Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose läuft an

Im Mittelpunkt des ersten Gespräches des Bundeskanzlers mit Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften standen Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte ein Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu, das jetzt in Kraft getreten ist.

Das neue Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit hat ein Volumen von insgesamt drei Milliarden Mark, womit in den Jahren 1995 bis 1999 rund 180.000 Langzeitarbeitslose wieder eine Beschäftigungschance bekommen. Nach diesem Programm können Arbeitgeber Zuschüsse zu den Lohnkosten erhalten, wenn sie einen Langzeitarbeitslosen einstellen. Der Zuschuß wird in der Regel für ein Jahr gewährt.

Er beträgt:

bei 3jähriger oder längerer Arbeitslosigkeit:

80 Prozent im 1. Halbjahr

60 Prozent im 2. Halbjahr

bei 2jähriger bis höchstens 3jähriger Arbeitslosigkeit:

70 Prozent im 1. Halbjahr

50 Prozent im 2. Halbjahr

bei 1jähriger bis höchstens 2jähriger Arbeitslosigkeit:

60 Prozent im 1. Halbjahr

40 Prozent im 2. Halbjahr

Nach einem kürzlich gefaßten Beschluß des Haushaltsausschusses des Bundestages sind die erforderlichen Haushaltsmittel der Bundesanstalt für Arbeit zur Bewirtschaftung überwiesen worden. Für

1995 stehen 375 Millionen Mark zur Verfügung. Gleichzeitig hat das Bundesarbeitsministerium die Richtlinien zur Durchführung des Programms in Kraft gesetzt. Sie sind gegenüber den bisherigen Richtlinien u. a. in folgenden Punkten überarbeitet worden:

● Berufsrückkehrer

Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, die ihre Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen für mindestens drei Jahre unterbrochen haben und anschließend mindestens ein halbes Jahr arbeitslos waren, werden Langzeitarbeitslosen gleichgestellt, die mindestens ein Jahr, höchstens zwei Jahre arbeitslos waren.

● Kombination mit START-Modell möglich

Die Kombination mit vorangehenden Beschäftigungen bei Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung mit dem Ziel des späteren Abschlusses eines Arbeitsvertrages mit dem Entleiher, wie z. B. im START-Modell vorgesehen, wird ausdrücklich ermöglicht, indem eine solche Arbeitnehmerverleihzeit als unschädliche Unterbrechung gewertet wird.

● Kombination mit Qualifizierung

Die Vorschaltung von Qualifizierungsmaßnahmen wird ausdrücklich angeregt.

1983 und 1992 ist es schon einmal gelungen

Wir müssen jetzt alle Kraft aufwenden, um eine neue Beschäftigungsinitiative zum Erfolg zu führen. Dabei muß es auch gelingen, diejenigen wieder besser in die Arbeitswelt zu integrieren, die im Wettbewerb um Arbeitsplätze oftmals schlechtere Chancen haben. In den Jahren 1983 bis 1992 ist es schon einmal in einer großen Gemeinschaftsleistung gelungen, drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Diesen großen Erfolg gilt es zu wiederholen.

Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 23. November 1994

● Vorgesaltetes Probearbeitsverhältnis

Von der Voraussetzung des Abschlusses eines unbefristeten Arbeitsvertrages darf abgewichen werden, wenn ein Probearbeitsverhältnis mit einer Befristung von bis zu drei Monaten mit dem Ziel der unbefristeten Einstellung bei Bewährung des Arbeitnehmers abgeschlossen wird. Während dieser Zeit erfolgt die Förderung in Höhe von 75 Prozent der bei Abschluß eines von Anfang an unbefristeten Arbeitsverhältnisses zu gewährenden Förderung.

Die Richtlinien treten rückwirkend zum 1. Januar 1995 in Kraft. Damit ist die Kontinuität zwischen dem bisherigen Programm und der Verlängerung gewähr-

leistet. Nach dem seit Mitte 1989 laufenden erfolgreichen Programm zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Arbeitsleben konnten bisher 130.000 Langzeitarbeitslose wieder in ein reguläres Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Betriebe und Verwaltungen sind am 28. Februar 1995 vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, dazu aufgerufen worden, das neue Sonderprogramm der Bundesregierung zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zu nutzen.

„Schalten Sie bei Einstellungen das Arbeitsamt ein“, appellierte Jagoda an Betriebe und Verwaltungen. Die Arbeitsvermittler könnten Langzeitarbeitslose vorschlagen, die mit ihrer Qualifikation und ihrer beruflichen Erfahrung ein Gewinn seien.

Bauindustrie bildet mehr Lehrlinge aus

Die Zahl der Lehrlinge in der deutschen Bauindustrie war zum Jahresende 1994 mit 92.100 Auszubildenden um rund 15 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Bauberufe seien so attraktiv wie lange nicht mehr, kommentierte dies der Hauptgeschäftsführer des Hauptver-

bandes der Deutschen Bauindustrie, Friedrich Hassbach.

Auch die Zahl der Ausbildungsbetriebe sei um 14 Prozent auf 24.800 gestiegen. Von einer nachlassenden Ausbildungsbereitschaft könne keine Rede sein. Im Trend liege mit einer Steigerung von 15,4 Prozent auch die Zahl der Lehranfänger.

Keine Armutsbekämpfung ohne Soziale Marktwirtschaft

Unmittelbar vor dem Beginn des Weltsozialgipfels in Kopenhagen erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Winfried Pinger:

Ohne Soziale Marktwirtschaft und die Stärkung der schöpferischen Kräfte der Menschen kann die weltweite Armut nicht überwunden werden. Die Entschließungen des Weltsozialgipfels müssen daher zwei Punkte noch sehr viel deutlicher herausstellen, als dies in den Vorbereitungskonferenzen bisher diskutiert wurde:

Für die Lösung der weltweiten sozialen Frage und die Bekämpfung der Armut kommt es nicht in erster Linie auf den Staat, sondern auf die schöpferischen Kräfte der Menschen an. Außerdem muß die in vielen Entwicklungsländern gescheiterte Staatswirtschaft in eine soziale Wettbewerbsordnung im Sinne der sozialen Marktwirtschaft umgewandelt werden und darf nicht zu einem frühkapitalistischen System entarten.

Den Menschen muß geholfen werden, ihre Selbsthilfekräfte im wirtschaftlichen Bereich zu entfalten. Durch eigene Arbeit und eigenes Einkommen müssen sie die Möglichkeit erhalten, ihre Existenz in der Ernährung, in der Gesundheit und in der Bildung zu sichern. Vielfache Beispiele haben bewiesen, daß auch Ärmste in der Lage sind, z. B. durch Sparen und Kredit, ihre Lebenssituation drastisch zu verbessern. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland hat beispielhaft gezeigt, wie die Selbsthilfekräfte gestärkt werden können. Für die selbstorientierte Armutsbekämpfung sind die finanziellen Mittel von sieben Prozent (1991) auf 18,5 Prozent (1995) gesteigert worden.

Die viel diskutierte 20/20-Formel vom UNDP (United Nations Development Program) stellt einseitig auf die Leistungen des Staates im Entwicklungsland ab. Wichtiger aber ist Selbsthilfe und Selbstverwaltung zum Aufbau einer Wirtschaft „von unten“. Dabei kommt es auf die produktiven Kräfte der Armen und Ärmsten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, besonders an.

Die Rolle des Staates muß sehr viel stärker diskutiert werden. Der Staat muß sich darauf beschränken, die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Entfaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte setzen. Aus der Wirtschaft und der unternehmerischen Tätigkeit muß er sich zurückziehen.

Die Bundesrepublik kann wie kein anderes Land auf die Erfolge einer neuen Art von Ordnungs- und Wirtschaftspolitik hinweisen, nämlich auf die Soziale Marktwirtschaft. Deren Prinzipien, nicht jedoch deren konkrete Ausgestaltung in der Bundesrepublik gilt es, auf der Konferenz stärker ins internationale Bewußtsein zu bringen. Viele Entwicklungsländer suchen nach einem Weg jenseits von Staatswirtschaft und Frühkapitalismus.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt der Bundesregierung für die intensive Mitwirkung bei der Vorbereitung des Weltsozialgipfels. Sie begrüßt es außerordentlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl an diesem wichtigen Weltgipfel persönlich teilnimmt. Sie erwartet von den Beschlüssen der Konferenz bedeutende Impulse für die Bekämpfung der absoluten Armut in der Welt, von der immer noch fast eine Milliarde Menschen betroffen sind.

Die Bundesregierung ist weltweit Vorreiter beim Klimaschutz

Zur Klimaschutzpolitik der Bundesregierung erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold:

Die Vorreiterrolle der Bundesregierung beim Klimaschutz wird durch die bisherigen Erfolge bei der CO₂-Reduzierung bestätigt. Verglichen mit 1987 ist in Deutschland der CO₂-Ausstoß bis 1993 um rund 15 Prozent gesunken. Diese erfreuliche Entwicklung beruht nicht nur auf der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Modernisierung in den neuen Ländern, vielmehr haben sich auch in den alten Bundesländern die CO₂-Emissionen 1987 bis 1993 von 11,7 auf 11,1 t pro Einwohner und Jahr vermindert.

Das nationale CO₂-Minderungsprogramm der Bundesregierung gehört zu den ehrgeizigsten Klimaschutzprogrammen weltweit. Es ist bereits durch wichtige Maßnahmen umgesetzt worden, z. B. Stromeinspeisungsgesetz, 250 MW Windenergieprogramm, 1000-Dächer-Photovoltaikprogramm, Vergünstigung der Kraft-Wärme-Koppelung im Mineralölsteuergesetz, Fernwärmeprogramm für die neuen Bundesländer, Wärmeschutzverordnung. Der Ausstieg aus Produktion und Anwendung von FCKW, die mit 20 Prozent zum Treibhauseffekt beitragen, ist bereits 1993 vollzogen worden.

Wegen dieser erfolgreichen Klimaschutzpolitik läßt sich das von der EU selbst gesteckte Ziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 zu stabilisieren, trotz der zunehmenden CO₂-Emissionen in den anderen EU-Staaten unter Umständen noch erreichen.

Über die bisherigen Maßnahmen hinaus erwarten wir von der Bundesregierung

den weiteren Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten. Hierzu gehört insbesondere eine Selbstverpflichtung der Automobilindustrie zum 5-Liter-Auto.

Darüber hinaus erwarten wir von der Bundesregierung ein Energieeinsparungsprogramm im Gebäudebereich. Gerade hier besteht ein erhebliches Energiespar- und CO₂-Reduktionspotential. Rund ein Drittel der Endenergie wird allein für die Erzeugung von Raumwärme in Deutschland aufgewandt. Die technisch-wirtschaftlich nutzbaren Potentiale können im Neubau und im Gebäudebestand mit rund 50 Prozent angenommen werden.

**Wichtig für die Zukunft:
Ein Energieeinsparungsprogramm im Gebäudebereich.**

Im Gegensatz etwa zur Ankündigungspolitik der US-Regierung Clinton/Gore — von der SPD früher hochgelobt — hat die Bundesregierung bereits konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen und beachtliche Erfolge erzielt. Die Bemühungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesumweltministerin Angela Merkel, hier festgefahrene Positionen zu lockern, sind ausdrücklich zu begrüßen.

Die Vorwürfe des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Müller, der der Bundesregierung mangelnde Aktivität vorwirft, sind im Hinblick auf deren weltweite Vorreiterrolle unzutreffend und als Ablenkungsmanöver von Versäumnissen der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Länderregierungen — auch hier besteht erhebliches Einsparpotential — anzusehen. ■

Klaus Welle: Den Bürger in Europa auch als Wähler ernst nehmen

Für eine grundlegende Reform der Bestellung der Kommission der Europäischen Union im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 hat sich auf dem Europa-Kongreß der italienischen Christdemokraten am 24. Februar in Mailand der neue Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Klaus Welle, ausgesprochen.

Klaus Welle: „Der Bürger muß als europäischer Souverän ernst genommen werden. Die Bürger müssen in demokratischen Wahlen zum Europäischen Parlament bestimmen können, wer mit welchen politischen Zielen die Geschicke von 370 Millionen Bürgern Europas lenkt. Nur so können wir 1999 erwarten, daß die Europawahl ernst genommen wird und mehr ist als ein innenpolitisches Kräftemessen.“

Nach den Vorstellungen des Generalsekretärs soll der Präsident der EU-Kommission zukünftig unmittelbar vom Europäischen Parlament entsprechend den sich aus den Europawahlen ergebenden Mehrheiten gewählt und erst dann vom Rat bestätigt werden.

Klaus Welle: „Für Fehlentscheidungen in Europa gäbe es dann klare politische Ver-

antwortlichkeiten. Dann ist nicht mehr das abstrakte Brüssel schuld, sondern klar identifizierbare politische Mehrheiten. Die Unzufriedenen brauchen dann nicht mehr gegen Europa zu sein, sondern können für neue politische Mehrheiten streiten.“

Die Bestellung der Santer-Kommission sei durch die Beteiligung des Parlaments und die Anhörung der Kommissare in den Ausschüssen sowie die parallele Amtszeit von Parlament und Kommission ein deutlicher Fortschritt gegenüber der vorher gültigen Regelung gewesen. Dennoch seien die Schwächen dieses Vorgehens unübersehbar. Insbesondere das durch innenpolitische Überlegungen erschwerte Nominierungsverfahren im Rat in der frühen Phase des Verfahrens sei für den Bürger kaum vermittelbar gewesen.

Klaus Welle: „Wer das Europa der Bürger will, muß auch dem Bürger die Geschicke Europas anvertrauen. Die Verantwortung für die Führung Europas ergibt sich aus dem Vertrauen in demokratische europäische Wahlen. Wer der Skepsis über Europa begegnen will, muß mutig nach vorne gehen.“

EVP begrüßt die Zollunion der EU mit der Türkei

Die Ablehnung der Zollunion zwischen der Türkei und der Europäischen Union durch das Europäische Parlament wäre nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei, Hans-Gert Pöttering, „ein tragischer Fehler“.

Der CDU-Europapolitiker begrüßte, daß die Außenminister der Länder der Europäischen Union und die türkische Regierung sich auf die Verwirklichung der Zollunion geeinigt hätten und das entsprechende Abkommen nach Zustimmung des Europäischen Parlaments zum

Europäisches Parlament muß bei der Gesetzgebung mitentscheiden

Handlungsfähigkeit, Demokratisierung und Durchschaubarkeit müssen nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die entscheidenden Kriterien für die Reform der Europäischen Union sein, über die auf der 1996 beginnenden Regierungskonferenz beraten wird.

Dieses, so Pöttering, erfordere die grundsätzliche Anwendung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat bei der Gesetzgebung der Europäischen Union, Öffentlichkeit im Ministerrat bei den Gesetzesbeschlüssen und gleichberechtigte Mitentscheidung des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung.

Bei einem solchen Verfahren, so Pöttering, der die Arbeitsgruppe „Regierungskonferenz 1996“ der Europäischen Volkspartei leitet, werde ein parlamentarisches „Zwei-Kammer-System“ in der Europäischen Union entstehen. Das Europäische Parlament könnte in einem solchen System vorrangig das Gemeinschaftsinteresse formulieren; im Ministerrat, der zur Staatenkammer aller 15 EU-Mitglied-

staaten werde, könnten die nationalen Interessen stärker berücksichtigt werden. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Parlament und Staatenkammer sei durch ein parlamentarisches Vermittlungsverfahren sicherzustellen, daß ein die nationalen und gemeinschaftlichen Interessen zum Ausgleich bringender Kompromiß gefunden werde.

Auch den nationalen Parlamenten, so Plöttering, müssen in der Europapolitik größeres Gewicht zukommen. Sie sollten durch die nationalen Regierungen stärker in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden und das Handeln der jeweils eigenen Regierung im Ministerrat besser kontrollieren. Pöttering spricht sich gegen Vorschläge aus, eine weitere aus nationalen Abgeordneten bestehende europäische Institution zu schaffen.

Vielmehr sollten die Europaausschüsse aller nationalen Parlamente intensiver zusammenarbeiten. Schließlich, so der CDU-Europaabgeordnete, müsse die Regierungskonferenz 1996 durch eine umfassende öffentliche Debatte vorbereitet und begleitet werden, um die notwendige Zustimmung bei den Bürgern für die Zukunft Europas zu finden.

Januar 1996 in Kraft treten könne. Pöttering erklärte, eine Ablehnung des Abkommens durch das Europäische Parlament würde eine europafeindliche Stimmung in der Türkei fördern und dieses „wichtige, dem Westen verbundene Land weiter dem islamischen Fundamentalismus öffnen“. Zwar sei es notwendig, von der Türkei die Einhaltung der Men-

schenrechte zu fordern. Diese seien um so eher durchzusetzen, je mehr Dialog und Kooperation bestünden. Deswegen, so Hans-Gert Pöttering, sei es folgerichtig, nicht nur die Zollunion zwischen der EU und der Türkei zu verwirklichen, sondern einen „umfassenden Dialog über alle Fragen von gemeinsamem Interesse zu führen“.

Vorgänge, wie sie zum Zusammenbruch des Bankhauses Baring Brothers geführt haben, sind bei uns nicht möglich

Zu den Vorgängen, die zum Zusammenbruch des britischen Bankhauses Baring Brothers geführt haben, erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel am 28. Februar:

Bei dem durch fehlgeschlagene Geschäfte im Handel mit Derivaten ausgelösten Zusammenbruch handelt es sich um einen Einzelfall, nicht aber um die Folgen systemimmanenter Risiken.

Nach den bislang vorliegenden Erkenntnissen ist der Zusammenbruch des Bankhauses durch Finanztransaktionen eines einzelnen Mitarbeiters verursacht worden.

Vorgänge, wie sie zum Zusammenbruch des Bankhauses Baring Brothers geführt haben, sind in Deutschland nicht möglich. Das deutsche Bankaufsichtsrecht schreibt für derivative Geschäfte wirksame interne Kontrollmechanismen vor. Insbesondere müssen Handel und

Abwicklung voneinander streng getrennt sein. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird regelmäßig überprüft.

Im übrigen ist das bankaufsichtliche Instrumentarium in Deutschland im Rahmen der 5. KEG-Novelle, die am 31. Dezember 1995 in Kraft tritt, erweitert worden. Mit Inkrafttreten der entsprechenden Regelungen ist auch das Volumen der derivativen Geschäfte mit einzelnen Geschäftspartnern durch jedes Kreditinstitut im Rahmen der sogenannten Millionen-Kreditmeldungen der Bankaufsicht mitzuteilen.

Die Vorgänge um das Bankhaus Baring Brothers bieten keinen Anlaß, den Einsatz derivativer Finanzinstrumente grundsätzlich zu verdammen. Diese Instrumente sind aus unserer Wirtschaftsordnung nicht mehr wegzudenken. Sie eignen sich insbesondere dazu, Risiken abzusichern und zu begrenzen.

Gewerkschaften:

Eine halbe Million Mitglieder verloren

Die Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) haben 1994 eine halbe Million Mitglieder verloren.

Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln berichtete, waren Ende 1994 in den 16 DGB-Gewerkschaften noch knapp 9,8 Millionen Mitglieder organisiert, 518.583 weni-

ger als zwölf Monate zuvor. Im Jahr 1993 habe der DGB sogar 725.000 Mitglieder verloren — im Jahr davor ähnlich viele.

Die größten Verluste mußte 1994 laut IW die IG Metall hinnehmen: Ihr Mitgliederbestand verringerte sich binnen eines Jahres um 150.000 auf knapp drei Millionen Männer und Frauen.

Probleme mit der Wirklichkeit

Überall kracht und knirscht es

Nach Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg kommt jetzt auch der desolate Zustand der Hamburger SPD ans Licht. Vor wenigen Wochen hatte Hamburgs SPD-Chef Kubbier mit Blick auf die Bundespartei gefordert, die SPD müsse sich endlich vom „Mythos Arbeiterpartei“ lösen.

Im Hintergrund steht u. a. auch die verheerende Bilanz der Hamburger Sozialdemokratie. In einem 20-Seiten-Papier rechnen die Genossen des Kreises Hamburg-Mitte mit ihrer Partei ab: „Es gibt eine Überrepräsentanz von politisch aktiven Angehörigen des öffentlichen Dienstes.“ (FAZ, 4.3.95) Die Folge: „Die Verengung des mittleren Funktionskörpers auf dieses schmale Mitgliedersegment hat zu einer verhängnisvollen Entfremdung von unseren Stammwählern geführt.“

Nicht nur das Personal, sondern auch die von ihm vertretenen politischen Inhalte seien nach der Selbstanalyse der Hamburger SPD untauglich, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. „Erschreckend sei die in weiten Teilen der Partei vorhandene irrationale Technologiefeindlichkeit.“ Das Urteil über die Zukunftsfähigkeit der SPD fällt schonungslos aus:

„Verabsolutierte Standpunkte haben stets eine lähmende Wirkung, sie entlasten das eigene Gewissen, retten konkret aber weder die Ozonschicht noch die Yanomami-Indianer. Wer das Gefühl für das Machbare verliert, gerät in den Eskapismus.“ (s. o.)

Es scheint, als spiegele sich in den Ländern derzeit der Zustand der Bundes-SPD unter ihrem Parteichef Rudolf Scharping. Während die Unions-geführte Regierungskoalition sich in allen Abstimmungen im Deutschen Bundestag behauptet hat, „leiden die Sozialdemokraten an Disziplin-, Präsenz- und Kommunikationsschwächen“ — so berichtet die nicht gerade unionsnahe Frankfurter Rundschau. (6.3.95) Weiter heißt es in dieser Zeitung: „Drei zufällig aufge-schnappte Bemerkungen von SPD-Bundestagsabgeordneten belegen die Grundstimmung: *Das Management läuft nicht rund — Wir kommen einfach nicht zu Potte — Ein Safiladen.*“ (s. o.)

Besonders die Arbeit Rudolf Scharpings erfährt aus den eigenen Reihen massive Kritik. „Weder an der Fraktionsspitze noch im Apparat funktioniert etwas fehlerfrei. Pausenlos sind Verheugen und Struck dabei, Pannen zu vertuschen. (...) Auch die vor der Bundestagswahl hochgejubelte Troika ist nicht mehr intakt. Scharping-Stellvertreter Oskar Lafontaine will andere Akzente in der Steuer- und Außenpolitik setzen. Präsidiumsmitglied Gerhard Schröder steuert einen eigenen Kurs zum Energiekonsens. Aus Bayern stänkert die Landesvorsitzende Renate Schmidt gegen die schlappe Führung; im Streit um Renten- und Sozialpolitik gehen sich Ministerin Regine Hildebrandt aus Potsdam und der Bonner Fraktions-Vize Rudolf Dreßler beinahe an die Gurgel.“ (s. o.)

Die Länderbilanzen wie die Berichte aus der Bundes-SPD zeigen: „Überall kracht und knirscht es.“ (s. o.)

Aufklärungskampagne gegen Extremismus

Innenminister Eggert stellt Schülern Computerspiel „Dunkle Schatten“ vor

Im Rahmen der Aufklärungskampagne der Innenminister des Bundes und der Länder gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit „Fairständnis“ hat der sächsische Innenminister Heinz Eggert vor Schülern der 13. Mittelschule in der Dresdner Neustadt das Computerspiel „Dunkle Schatten“ vorgestellt.

Wie Eggert erklärte, seien Fairneß und Verständnis „ideelle Werte, die unsere Gesellschaft immer nötiger braucht“. Anteilnahme und Entgegenkommen, Toleranz und Mitgefühl seien heute seltener geworden. Heinz Eggert: „Unvoreingenommenheit und Vorurteilslosigkeit müssen wieder gestärkt werden. Dies gilt auch für das persönliche Eintreten zugunsten Schwächerer. Wegsehen hilft nicht!“

Zur Verstärkung solcher Verhaltensweisen soll das Computerspiel „Dunkle Schatten“ beitragen, mit dem in jugendgemäßer Form Schülern Möglichkeiten aufgezeigt werden, sich im zwischenmenschlichen Umgang zu bewähren. Der Spieler schlüpft in die Rolle des 16jährigen Schülers Karsten Wegner. Karsten wird vom Spieler gesteuert und löst auf seinen Wegen durch „unsere Stadt“ eine Fülle von Aufgaben.

Er hat sich zum Ziel gesetzt, während der Ferien beim Umbau einer alten Fabrikhalle zu einem Jugendzentrum mitzuhelfen. Gelingt der Umbau, steigt zum Schluß ein Rockkonzert zur Eröffnung. Auf diesem Weg kommt Karsten immer wieder nahezu beiläufig mit alltäglichen Erscheinungsformen von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Berüh-

rung. Von seinen Reaktionen hängt es ab, ob er sein Ziel erreicht. Dabei ist der Spieler in der Erreichung des Spielziels nicht völlig frei. Letztlich führen nur „moralische“ Entscheidungen im Spiel weiter. Aggressive, fremdenfeindliche oder extremistische Aktionen sind dem Spieler zur Erreichung des Zieles nicht möglich.



Bei der Spielhandlung und den Akteuren wurde an Standardsituationen und Figuren angeknüpft, wie sie sich beispielsweise auch in erfolgreichen Trivialserien wiederfinden. Zur Authentizität des Spiels gehört auch, daß es nicht mit künstlich dramatisierten Handlungssträngen oder manuellen Geschicklichkeitsübungen angereichert ist, sondern die denkbare Wirklichkeit widerspiegelt. Statt einer Aktion sind Kombination und Strategie gefragt. Bei der Bekämpfung rechts- wie auch linksextremistischer Gewalt setzt Innenminister Heinz Eggert auf die intensive Beob-

achtung durch den Verfassungsschutz und den erhöhten Verfolgungsdruck durch die Polizei. Neben den repressiven Maßnahmen werde aber auch sehr großer Wert auf vorbeugende Maßnahmen gelegt. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ gehöre dazu.

Heinz Eggert betonte: „Neben der konsequenten Strafverfolgung der Rädelsführer müssen wir uns um die Reintegration der Mitläufer bemühen. Ich halte nichts davon, jeden Jugendlichen, der bei Skinheadbanden mitläuft, als Nazi abzustempeln und zu ideologisieren. Es gibt einen harten unverbesserlichen Kern. Mit der ganzen Macht des Staates muß gegen diese Leute vorgegangen werden. Aber es gibt auch Mitläufer, um die es sich zu kämpfen lohnt.“

Im Rahmen der „Fairständnis“-Aktion

wird den sächsischen Mittelschulen und Gymnasien in nächster Zeit die Zeitschrift „Basta — nein zur Gewalt“ zur Verwendung im Unterricht übersandt werden. Auch diese Zeitschrift thematisiert die Themen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hierbei wird jedoch nicht nur der Rechts-, sondern auch der Linksextremismus beleuchtet, der in seiner Gefährlichkeit dem Extremismus von rechts nicht nachsteht.

Das Computerspiel ist kostenfrei beim Sächsischen Staatsministerium des Innern, Referat 63, 01095 Dresden oder unter Tel. (0 35 12) 5 64-36 32 abzurufen (solange Vorrat reicht). Es kann auf jedem PC ab 286er gespielt werden; eine Amiga-Version gibt es nicht.

Junge Union Hessen begrüßt Entscheidung Kanthers

Als „eindeutiges Zeichen für die Demokratie und deren Wehrhaftigkeit“ hat die Junge Union Hessen die jüngste Verordnung von Bundesinnenminister Manfred Kanther bewertet, die rechtsextreme „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) als Verein zu verbieten.

Der hessische JU-Landesvorsitzende Harald Schmitt lobte die Vorgehensweise der Sicherheitsbehörden. Diese hätten die großangelegten Durchsuchungsaktionen bei FAP-Aktivisten so geplant, daß die FAP am morgen überrascht worden sei. „Der Staat“, so Schmitt, „hat eindrucksvoll seine Wehrhaftigkeit demonstriert und dem Extremismus die Zähne gezeigt.“ Mit dem Verbot der FAP sei den Extremisten eine ihrer „widerlichsten Organisationen“ zerschlagen worden.

Es komme aber auch darauf an, daß das Ausland ebenfalls gegen den Rechtsextremismus vorgehe. Beispielsweise versorgt die NSDAP-AO von den USA aus oder Ernst Zündel mit seinem „Leuchter-Report“ von Kanada aus deutsche Verfassungsfeinde mit Materialien.

Schmitt warnt die Öffentlichkeit jedoch gleichzeitig davor, die Bekämpfung des Extremismus nur auf rechts zu begrenzen. Schließlich werde die Demokratie auch von Linksextremisten bedroht. Schmitt erinnert an die sogenannten „Autonomen des RAF-Umfelds“, die sich den Schleier des vermeintlichen „Antifaschismus“ umlegten, um so die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Auch forderte er erneut die Beobachtung der PDS durch die Verfassungsschutzbehörden.

Arbeitsmarktzahlen im Februar 1995

Im Februar 1995 ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland leicht auf insgesamt 3,83 Millionen Personen gesunken. Das sind 23.000 weniger als im Januar 1995.

● Arbeitsmarkt im Westen

Im Westen Deutschlands waren Ende Februar 1995 2,720 Millionen Menschen (Quote 8,8 Prozent) arbeitslos.

● Arbeitsmarkt im Osten

Ende Februar 1995 waren 1.107.000 Menschen (Quote 14,7 Prozent) arbeitslos.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen belief sich im Februar auf 576.000 Personen. Damit ist der Einsatz der Instrumente gegenüber Februar 1994 um 93.000 gesteigert worden.

● Kurze Gesamtbewertung

Die weiter anhaltenden positiven konjunkturellen Impulse führen, wie stets in frühen Aufschwungphasen, noch nicht zu einem Anstieg der Beschäftigung.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Fortführung des Dialogs zwischen Repräsentanten aus Sport, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien:
V. Eichholzer Sportforum

Sport im Umbruch — Die Rolle des organisierten Sports in einer sich verändernden Gesellschaft, 24./25. März 1995.

Hauptthemen:

- Wandel im Sport
- Zur Rolle der Wirtschaft in der Sportförderung
- Sport im Wandel — Erwartungen und Antworten aus Sport und Politik
- Selbstverständnis und Aufgaben der Medien im Wechselspiel von Sport, Politik und Wirtschaft
- Bewährtes erhalten, neue Herausforderungen bewältigen: Zukunft des Sports

Unter den Referenten:

- Prof. Dr. Josef Hackforth, Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Sportpublizistik
- Manfred Frhr. von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes
- Matthias Rössler, Staatsminister für Kultur des Freistaats Sachsen, Vorsitzender der Sportministerkonferenz der Länder
- Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax 022 36/70 7230**

Taten statt Worte – Mehr Frauen in der CDU sichert Zukunftsfähigkeit der Partei

Vorherrschende Auffassung in der Bevölkerung ist, daß für die Gleichberechtigung bisher zu wenig getan wurde (Westdeutsche 59 Prozent, Ostdeutsche 67 Prozent), und eine im April 1994 von Infas durchgeführte Umfrage in Brandenburg ergab, daß 75 Prozent der Bevölkerung dafür plädieren, daß Frauen in der Politik eine größere Rolle als bislang spielen sollten. Offenbar trauen Wählerinnen und Wähler Frauen in der Politik erheblich mehr zu als bisher von vielen angenommen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß zu einer Volkspartei die Frauen mit ihrem Bevölkerungsanteil von 52,8 Prozent gehören. Aufgabe der CDU als Volkspartei ist es, sich mit dieser Frage ernsthaft auseinanderzusetzen.

Mit dem Parteitagbeschuß vom 28. November 1994 „verstärkte Mitwirkung von Frauen in der Partei“ ist daher eine Diskussion eingeleitet worden, an deren Ende konkrete Ergebnisse stehen müssen, wenn auf dem Parteitag 1995 in Karlsruhe eine Satzungsänderung im Statut festgelegt werden soll.

Die Doppelnummer „Frau & Politik“ Nr. 6/94 und 1/95 setzt sich mit diesem „Hoffnungsschimmer“ auseinander. Beteiligung der Frauen durch ein Quorum, die Diskussion auf dem Bundesparteitag, Koalitionsvereinbarungen, Regierungserklärung und die Neuerungen der Pflegeversicherung wie auch der Stellenwert älterer Menschen in unserer Gesellschaft sind die Themen dieser Ausgabe.

Schalten Sie sich in die aktuelle Diskussion ein, und tragen Sie mit Ihren Ideen dazu bei, daß der Reformparteitag 1995 im Oktober in Karlsruhe endlich in die Praxis umsetzt, was seit 1985 in Beschlüssen unserer Partei festgelegt wurde.

„Frau & Politik“ Nr. 6/94 und 1/95 „Hoffnungsschimmer“ zu beziehen bei:

Union-Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn
Tel. (0228) 54 43 14
Fax (0228) 54 45 86

Bei Bestellung von mehr als 50 Werbeexemplaren wird ein Betrag von 1 DM pro Stück erhoben.

Ulrich Nölle führt die Bremer CDU erneut in den Wahlkampf

Mit der Wahl ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden Ulrich Nölle zum Spitzenkandidaten hat die Bremer CDU ihren Wahlkampf für die vorgezogene Bürgerschaftswahl am 14. Mai eröffnet. Die 208 Delegierten eines Sonderparteitags am 4. März bestimmten Nölle in geheimer Wahl einstimmig zu ihrem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters. Der 54jährige Sparkassendirektor hatte die CDU bereits 1991 in die Wahl geführt und gut 30 Prozent erreicht.



● Mastanhänger

Zum Lieferumfang gehört jeweils ein Masthalter, eine PPE-Hülle mit Kunststoffstäben und Pappträgerplatte. Durch den Einsatz der PPE-Hülle entfällt das Festkleben der Plakate. Die Befestigung des Mastanhängers erfolgt wahlweise mit glasfaserverstärktem Klebeband oder mit zwei Schnellspannbändern.

Preise

- ▶ Mastanhänger DIN A1
komplett mit PPE-Hülle und
Pappträgerplatte 13,50 DM
- ▶ Ersatz-PPE-Hülle mit Stäben 3,40 DM
- ▶ Schnellspannband
für Mastanhänger
(wiederverwendbar) 0,85 DM
(pro Mastanhänger werden
2 Bänder benötigt)
- ▶ Klebeband (glasfaserverstärkt)
Rolle à 15 mm x 50 m 4,50 DM

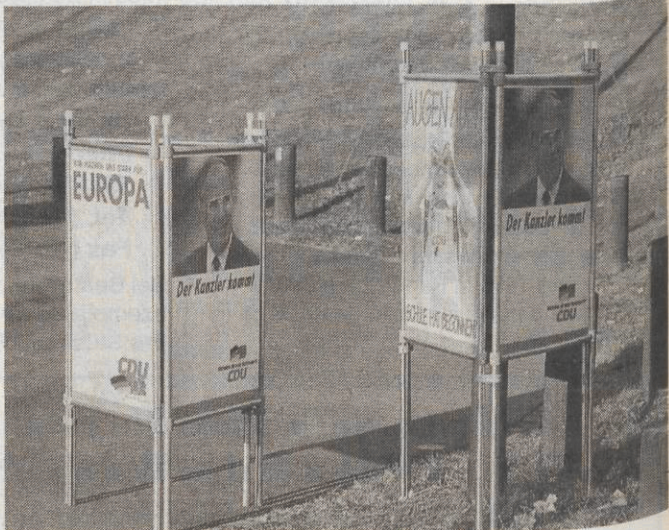
● Dreieckständer

Der Dreieckständer besteht aus einem vollverzinkten Stahlrohrgestänge, das mit Kunststoffschellen verbunden ist. Die Plakatflächen bestehen serienmäßig aus 7,5 mm starken Spanplatten.

Bei den Modellen mit PVC-Scheiben werden die Plakate einfach hinter die Scheiben geschoben.

Preise

- ▶ Format DIN A1
Gesamthöhe 1,39 m
ohne PVC-Scheiben 113,— DM
mit PVC-Scheiben 148,— DM
- ▶ Format DIN A0
Gesamthöhe 1,62 m
ohne PVC-Scheiben 119,— DM
mit PVC-Scheiben 152,— DM



- ▶ Format DIN A0
Gesamthöhe 1,62 m
ohne PVC-Scheiben 148,— DM
mit PVC-Scheiben 202,— DM

Bestellschein

--	--	--	--

Kreisverbandsnummer

- Außenwerbemittel -

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn
Fax: (02 28) 544-341

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	Mastanhänger, DIN A1, mit PE-Hülle und Papprägerplatte	13,50 DM	
	Ersatz-PE-Hülle mit Stäben	3,40 DM	
	Schnellspannband, für Mastanhänger	—,85 DM	
	Klebeband (glasfaserverstärkt), 50 m	4,50 DM	
	Dachständer, DIN A1, ohne Scheiben	71,— DM	
	DIN A1, mit Scheiben	124,— DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	94,— DM	
	DIN A0, mit Scheiben	179,— DM	
	Einzelstellfläche, DIN A1	25,— DM	
	DIN A0	34,50 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten.

Datum

Unterschrift

Bestellschein

--	--	--	--	--

Kreisverbandsnummer

– Außenwerbemittel –

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73–75
53113 Bonn

Fax: (0228) 544-341

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	CDU-Glücksrad	345,— DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,39 m, ohne PVC-Scheiben	113,— DM	
	mit PVC-Scheiben	148,— DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,62 m, ohne PVC-Scheiben	119,— DM	
	mit PVC-Scheiben	152,— DM	
	Dreieckständer , DIN A0, Höhe 1,62 m, ohne PVC-Scheiben	148,— DM	
	mit PVC-Scheiben	202,— DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten.

Datum

Unterschrift



● Dachständer

Der Dachständer wird überwiegend im Fußgängerbereich als sogenannter Kundenstopper eingesetzt. Das heißt, er wird gegen die Laufrichtung der Passanten aufgestellt und durch seine leicht angewinkelte Form automatisch im Vorbeigehen wahrgenommen. Wahlweise kann der Dachständer mit oder ohne PVC-Scheiben bestellt werden.

Preise

- ▶ Dachständer, Format DIN A1 ohne PVC-Scheiben 71,— DM
- ▶ Dachständer, Format DIN A1 mit PVC-Scheiben 124,— DM
- ▶ Dachständer, Format DIN A0 ohne PVC-Scheiben 94,— DM
- ▶ Dachständer, Format DIN A0 mit PVC-Scheiben 179,— DM

● Einzelstellflächen

Eine kostengünstige Alternative zum Dreieckständer ist die Einzelstellfläche. Der Einsatz empfiehlt sich besonders dann, wenn z. B. an einer Straße das Plakat sowieso nur aus einer Richtung gesehen werden kann.

Die Einzelstellfläche besteht aus verzinktem Stahlrohrgestänge, kombiniert mit einer 4-mm-Hartfaserplatte. Die Befestigung erfolgt durch gewöhnlichen Bindedraht.

Preise

- ▶ Einzelstellfläche Format DIN A1 25,— DM
- ▶ Einzelstellfläche Format DIN A0 34,50 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Sofort lieferbar: CDU-Glücksrad

Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Als Preise können CDU-Werbemittel, aber auch gesponsorte Sachpreise verwendet werden.

Das Glücksrad besteht aus einer Sperrholzplatte, die über ein Kugellager an dem Stahlrohrgestänge montiert ist. Es wird somit betriebsfertig bei Ihnen angeliefert. Gesamthöhe ca. 1,70 m, Raddurchmesser ca. 1,30 m.

Preis 345,— DM
zzgl. MwSt. und Frachtkosten.



Bestellungen bitte schriftlich an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn oder
per Fax: (02 28) 5 44-3 72

UID

8/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-189. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.